

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221.225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 7/8.

Berlin, Sonnabend, 23. Januar 1915.

Sebenundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Genossenschaftlicher Kartoffelanbau. — Ein interessantes Eingekändnis. — Die deutsche Spielwarenindustrie. — Aufseuf! — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

Genossenschaftlicher Kartoffelanbau.

Der Krieg, der unserem Vaterlande aufgezogen worden ist, hat seinen Grund nicht zuletzt in wirtschaftlichen Momenten. Die Feinde geben zwar an, für Kultur und Freiheit zu kämpfen. Ein solcher Kampf mit Unterstützung von Rußland, seiner Skofienkultur und seinem Fruchtespotismus mutet etwas sonderbar an. Es ist denn auch lediglich die Furcht vor Deutschlands gesteigertem Wirtschaftsleben, die England zum Antisiten des Krieges machte. Die Briten sehen sich von Jahr zu Jahr härter bedrängt durch Deutschlands Handel und Industrie auf dem Weltmarkt. Ihren Schicksal wollen sie sichern. Das läßt England allzu deutlich auch erkennen durch die Wahl der Mittel, die es anwendet, um jenen Zweck zu erreichen. Nachdem unsere tapferen Krieger den Kampf hinausgetragen haben in feindliche Vände und trotz der Lebermacht der feindlichen See ihren Vormarsch fortsetzen, hat England den Plan gefaßt, unser Vaterland auszuhungern.

Dieser teuflische Plan, der so recht die Feinde Deutschlands auf kultureller Höhe zeigt, wird und muß zu scheitern werden. Die Maßnahmen der Regierung werden bei gemingender Unterstützung durch die Bevölkerung sicherlich dies erzielen. Aber auch die Selbsthilfe muß sich zeigen. Aus dieser Erwägung ist der Plan entstanden, die arbeitende Bevölkerung zur stärkeren Produktion von Lebensmitteln heranzuziehen. In Berlin wird mit Unterstützung des Sachverbandes für deutsche Grundbesitz auf Anregung des Regierungsrats Dr. Hoepfer und des Präsidenten des Kaiserlich Statistischen Amtes van der Borch das beschriebene Bau land mit Kartoffeln bestellt werden. Eine Genossenschaft soll gegründet werden, zu deren Mitgliedern der obengenannte Schutzverband und die Arbeiterorganisationen aller Richtungen zählen. Die Gewerksvereine S.O. haben sich an den Vorarbeiten reger beteiligt. Eine finanzielle Beteiligung unserer Organisation ist ebenfalls gesichert. Diese Genossenschaft wird das für den Anbau von Kartoffeln geeignete Gelände in Berlin und naheliegender Umgebung im Großbetrieb bearbeiten lassen.

Das Gelände wird nach Prüfung durch Sachverständige gepflügt und zweckentsprechend gedüngt; auch die Einsaat der Kartoffel wird besorgt. Diese Bebauungskosten werden nach dem sukzessiven landwirtschaftlichen Jahrleute im Höchstfalle 150 Mk. pro Morgen, im Mindestfalle 131 Mk. betragen. Durch den Großbetrieb wird die Bestellung des Landes billiger gestaltet. Sie wird aber auch erfolgreicher und die Aussicht auf einen ausreichenden Ernteertrag größer, weil die Bearbeitung des Geländes nach rationalen landwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgt.

Nach dem Einfließen der Saatkartoffel soll das Land Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Sie haben die weitere Bearbeitung des Kartoffel landes zu übernehmen. Als Pachtlohn kommen lediglich die Bebauungskosten in Betracht, da die Vergabe des Baugeländes seitens der Pächter kostenlos erfolgt. Auf jeden Pächter soll ein Sechstel Morgen, also ca. 440 Quadratmeter entfallen. Da ein Morgen Land bei entsprechender Menge Saatgut mit einem Ernteertrag von 60 Zentnern Kartoffel berechnet werden kann, so entfallen auf jeden Pächter durchschnittlich 10 Zentner

an Kartoffelernte. Dafür sind seitens des Pächters 2,50—25 Mk. zu zahlen. Bei einigermaßen guter Bitterung und dementsprechendem Ernteertrag ist also auch rechnerisch ein Risiko für den Bearbeiter des Landes bei fleißiger Behandlung des Ackerlandes nicht vorhanden.

Die Zahlung des Pachtgeldes wird so bequem wie möglich gestaltet werden. Eine entsprechende Anzahlung von 5—10 Mk. und eine wöchentliche Zahlung von 50 Pf. dürfte den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter entsprechen und die Genossenschaft in den Stand setzen, bei Beginn der Ernte das Pachtgeld vereinnahmt zu haben. Eine Rückzahlungspflicht der Pächter über die anteilweise Höhe der tatsächlichen Bebauungskosten ist ausgeschlossen; ebensowenig kann aber auch die Genossenschaft ein Risiko für den Ernteertrag tragen. Nur für Einfließen höherer Gewalt soll ein Ausgleichsfonds geschaffen werden seitens der Genossenschaft.

Zur Verfügung stehen ca. 3000 Morgen Baugelände. Der gutdurchdachte Plan dürfte dazu beitragen, die Volksernährung sichern zu helfen, wenn er seitens der Arbeiterschaft Groß-Berlins genügende Unterstützung findet. Die Gewerksvereinstollegen haben ihre Zustimmung bisher in vielen Ortsvereinsversammlungen erklärt. Das kann auch gar nicht anders sein. Die Beteiligung ist einfach eine Pflicht im Interesse unseres Vaterlandes, wie jüngst ein Kollege unserer Organisation in einer Ortsvereinsversammlung erklärte. Der Plan wird auch nach Nachahmung in anderen Städten finden, und seine Durchführung wird mitwirken, daß unser Vaterland siegreich durchhält unter allen Umständen gegen die Mäderschaften unserer Feinde.

Ein interessantes Eingekändnis.

Friß Nummer, der Verfasser des in Gewerkschaftskreisen viel gelesenen Buches „Eines Arbeiters Weltreise“, hat in der „Metallarbeiterzeitung“ zwei Artikel veröffentlicht, die uns eine Erklärung mit dafür geben, daß die Deutschen im Auslande als „Barbaren“ verdrängen sind. Die Arbeiten Nummers verdienen uns mehr Beachtung, als er viele Jahre in den verschiedensten Ländern, auch in fremden Erdteilen, gearbeitet hat, sein Urteil also nicht als Theoretiker, sondern als Praktiker fällt.

In den feindlichen Ländern, so etwa wird da ausgeführt, fühlt man sich uns gegenüber in einer kulturellen Ueberlegenheit. Auch bei uns wird „diese Mär“ in Arbeiterkreisen geglaubt. Das ist aber nach Nummer ein Aberglaube.

„Ob man nach Paris, in „die Stadt des Lichts“, oder nach London, in „die reichste Stadt der Welt“ kommt, oder nach Rodranreich, oder nach England, überall findet man große Stadtviertel, ganze Industriestädte, die dreckiger, verwahrlohter, abstoßender, gesunderheitschädlicher sind als daheim die erbärmlichste Gasse. Dadurch wird die mitgewachte hohe Meinung von der kulturellen Ueberlegenheit des fremden Landes schon erflüttert; was dann noch übrig bleibt, verdrückt der Jammer der Bettelnden in allen Straßen: lange Scharen bettelnder Kinder, zerbrecher Menschen, hilfloser Hungerer, an Wohlthatigkeitsanstalten lange Reihen Irren, im Nachtschlaf einen lebenden und toten Inhalt, der Entsetzen treibt.

Was diesem Elend erst seine ganze Schaurigkeit gibt, ist, daß man nichts von entschlossenen Wirken dagegen merkt, sondern nur Gleichgültigkeit, oder Bettelstuppen, frommes Salbadern, aber revolutionären Phrasenspleiß. An dieser Traurigkeit der Zustände sucht man schon zu erkennen, wie gering in diesem demokratischen Ländern für das Proletariat die Möglichkeit

oder der Wille ist, die herrschende Klasse zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Wie dem nun auch sei, sagt man sich, die Rechtsgleichheit ist hier doch größer als in Deutschland. Dabei bleibt, bis man den ersten Streik erlebt. Dann wird man aber zu seinem Schreden gewahrt, wie schnell in diesen so vielgepriesenen Freiheitsländern die Soldateska gegen die Arbeiter marschiert, wie die Maschinengewehre aufstehen, wie die Hintz schießt und der Polizeihäufel lauft.

In Anbetracht all dessen muß man sich fragen: Wenn die Regierung dieses demokratischen Landes schon demachen rücksichtslos gegen eine Arbeiterschaft vorgeht, die nach Zahl und Mitteln verhältnismäßig schwach organisiert ist, aber die patriotisch geübt, nicht die Staatsform bedroht, regelmäßig zur Kirche geht, kurz aus proletarischen Musterknaben besteht, wie würde sie erst gegen eine Arbeiterschaft wüten, die über eine zahlenmäßig und finanziell kraftvolle Organisation verfügt und die die Staatsform und den Kapitalismus grundständig bekämpft?

Also mit der kulturellen Ueberlegenheit unserer Feinde ist es nichts. „In Kultur und politischer Freiheit kann sich Deutschland getrost neben alle Industrieländer der Welt stellen.“ Und dann zum Schluß kommt der Verfasser zur Beantwortung der Frage, wie es möglich ist, daß diese falsche Meinung über Deutschland und die Deutschen entstehen konnte.

Wenn wir trotz alledem jetzt auf dem ganzen Erdenrund herlich wenige treue Freunde finden, wenn ehrliche Zuneigung zu unserem Lande in verteuert dünnen Dalmen gemessen ist, wenn Genossen von Vätern mit jechen Scheitel Alphabeten glauben berechtigt zu sein, uns die kulturelle oder sozialistische Würde absprechen zu dürfen, wenn unser Heimatland ohne die Verbeizung des liberalen Rufes diesen furchtbaren Krieg durchschreiten muß, so ist das nicht einzig und allein der Unmöglichkeit unserer herrschenden Klasse, moralische Eroberungen zu machen, zuzuschreiben, auch wird, die organisierte Arbeiterschaft, tragen Schuld daran. In der Tat!

Unsere Kritik an den Zuständen unseres Landes war und ist notwendig, und sie wird selbstverständlich auch ferner unbedingt notwendig sein; allein sie war gubiel auf Besserung gerichtet. Dabei kamen aber das tatsächliche Gute, das Bestehende, unsere Erregenschaften viel zu kurz. Unsere ährende Kritik aber lieferte dem Ausland, besonders den uns jetzt Kultur, sozialistische Würde und was sonst noch abspredhenden ausländischen Genossen den Stoff zu dem Wilde, das sie uns nun als das Deutschlands, nein, als unser eigenes vorkalten. Von dem, was diesem Wilde angehende Formen, lichtere Töne hätte geben können, erhielten sie zu wenig, nein gar nichts von uns. Schade! Denn kaum in einem andern Lande der Welt ist in den letzten paar Jahrzehnten der wirtschaftliche, soziale und geistige Fortschritt des arbeitenden Volkes so groß gewesen; nirgends ist der bessernde, kulturverbessernde Einfluß der organisierten Arbeiterklasse in Staat, Land und Gemeinde derart getiegen, in Fabrik, Straße, Familie, Volkserziehung, Schriftwesen so allgemein zu spüren wie in Deutschland.

Dies und noch viel Mehrliches zu sagen, hätten wir über unsere Kritik nicht unterlassen dürfen; und wir hätten es der Welt mit aller Deutlichkeit verkünden müssen. Aber ebenso deutlich, nein noch viel deutlicher hätte bezeugt werden müssen, daß diese Verbesserungen, Fortschritte, Erfolge einzig und allein der eigenen Kraft, der rastlosen Tätigkeit unserer Gewerkschaften und der Partei, kurz der organisierten Arbeiterschaft zu verdanken sind.

Das ist nicht geschehen. Die Bescheidenheit hielt uns schweigen. Leider. So wurde der begabtesten Depresse die Beleuchtung der Welt erleichtert. So mußte die falsche Meinung der Welt von den Zuständen unseres Landes erhalten, verschlimmert werden. So konnte sich in den Köpfen ausländischer Genossen der schufliche

Bahn festsetzen, der Sieg des Sozialismus und seiner Verbündeten über Deutschland sei nicht nur ein Segen für sie, sondern vor allem auch für uns.

Abgesehen von der Bemerkung, daß alle Verbesserungen und Fortschritte den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zu verdanken seien, wird man dem Verfasser wohl zustimmen können. Namentlich auf internationalen Kongressen ist von den Gefinnungsgenossen Rummers alles getan worden, Deutschland in ein recht schlechtes Licht zu rücken. Wenn das nach dem Kriege anders werden soll, so kann es nur mit Freuden begrüßt werden. Auch in einem Teil der sozialdemokratischen Parteipresse sind die Rummerschen Ansichten in zustimmendem Sinne abgedruckt worden. Warten wir also ab, ob die sich jetzt Bahn brechende Erkenntnis sich auch später Geltung zu verschaffen vermag.

Die deutsche Spielwarenindustrie.

Trotzdem in den letzten Jahrzehnten auch in anderen Ländern, wie in England, in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Japan Anlässe gemacht worden sind, eine Spielwarenindustrie auf breiterer Grundlage einzurichten, ist doch die deutsche Spielwarenindustrie noch weitaus die größte auf der ganzen Erde, und es dürfte auch kaum gelingen — auch jetzt während des Krieges nicht — die deutsche Spielwarenindustrie in den Hintergrund zu drängen. Dieser Industriezweig ist in Deutschland schon recht alt. Denn bereits im alten Nürnberg und im alten Augsburg bestand ein in der ganzen Welt bekanntes Spielwarengewerbe. Im Verhältnis zu den Summen, die heute von der deutschen Spielwarenindustrie umgesetzt werden, waren freilich im alten Nürnberg und Augsburg die Umsätze nur sehr gering; denn vor einigen hundert Jahren wurden in diesen alten Städten meistens nur Spielwaren mit einem ziemlich hohen Preis angefertigt. Das Spielwarengewerbe ist nur handwerksmäßig betrieben worden. Da auch auf recht genaue Arbeit gesehen wurde, und da diese Spielwaren auch noch durch die Transportkosten und durch die im Verhältnis zu heute viel größeren Handelsgewinne wesentlich verteuert wurden, so konnten nur die reichsten Leute für ihre Kinder Nürnberger und Augsburger Spielwaren kaufen.

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts standen Nürnberg und Augsburg mit ihrer Spielwarenerstellung in Deutschland ohne Wettbewerb. Dann aber begannen Bewohner des Thüringer Waldes und des Erzgebirges sich ebenfalls diesem Berufszweige zuzuwenden. Zeigten sie dabei vorerst eine geringere Geschicklichkeit, so standen ihnen aber in dem reichlich vorhandenen Holz billigere Rohmaterialien zur Verfügung, und sie begnügten sich wohl auch mit einem geringeren Verdienst. Aber eine Massenproduktion konnte auch im Thüringer Wald und im Erzgebirge noch nicht entstehen. Wie viele andere Gewerbezweige konnte auch die Spielwarenindustrie erst mit dem Aufkommen der Maschinen, mit der dadurch ermöglichten Massenproduktion, mit der Verbesserung und Verbilligung des Transportes usw. eine breitere Grundlage gewinnen. Das lange Alter unserer Spielwarenindustrie und die vielen Erfahrungen im Herstellungsprozeß, die in der Zeit der langsamen Entwicklung gemacht wurden, haben es aber immerhin bewirkt, daß die deutsche Spielwarenindustrie zur größten der ganzen Welt geworden ist. Veranschlagt man dabei freilich auch nicht werden, daß es vielfach die niedrigen Löhne in der deutschen Spielwarenindustrie sind, die dem Aufkommen einer gleichartigen Industrie, namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in England Hindernisse in den Weg legen.

Für das Jahre 1911 wurde der Wert der in Deutschland hergestellten Spielwaren auf insgesamt 125 Millionen Mark eingeschätzt. Davon gingen Spielwaren im Werte von 90,1 Millionen Mark ins Ausland. Die deutsche Spielwarenindustrie ist demnach in bedeutendem Umfange eine Exportindustrie. Und gerade in den beiden letzten Jahrzehnten ist die Ausfuhr ganz wesentlich gestiegen. Sie stellt sich auf 40 Millionen im Jahre 1896, auf 53,1 Millionen im Jahre 1901, auf 70,5 Millionen im Jahre 1906 und wie schon erwähnt auf 90,1 Millionen Mark im Jahre 1911. Das bedeutet in fünfzehn Jahren eine Steigerung der Ausfuhr um mehr als 125 Prozent. Betrachten wir die Länder, die als Hauptabgabengebiete für die deutsche Spielwarenindustrie in Betracht kommen, so stehen die Vereinigten Staaten von Amerika an der Spitze. Nach diesem Lande stellte sich die Ausfuhr im Jahre 1911 auf 29,1 Millionen Mark; dann folgte Großbritannien mit 21 Millionen Mark. Weiter

kamen noch in Betracht: Frankreich mit 5,9 Millionen, die britischen Kolonien mit 4,7 Millionen, Oesterreich mit 3,7 Millionen, Rußland mit 2,9 Millionen und Argentinien mit 2,9 Millionen, die Niederlande mit 2,3 Millionen, die Schweiz mit 2,2 Millionen und Belgien mit 1,9 Millionen Mark. In die Länder, mit denen wir jetzt im Kriege liegen, wurden im Jahre 1911 für 36,4 Millionen Mark Spielwaren verschickt, das war 44 Prozent unserer gesamten Ausfuhr. Diese Ziffern lassen erkennen, daß wir wenigstens während des Krieges mit einer verminderten Ausfuhr rechnen müssen.

Im allgemeinen bestehen in Deutschland drei Mittelpunkte der Spielwarenerstellung. Der eine befindet sich im Meininger Oberland, der zweite ist in Nürnberg und Fürth und der dritte kommt auf das Erzgebirge. Das Meininger Oberland ist der wichtigste Mittelpunkt. Dort werden im Jahre für ungefähr 45 Millionen Mark Spielwaren angefertigt, in Nürnberg stellt sich die Produktion auf rund 25 Millionen und im sächsischen Erzgebirge auf rund 10 Millionen Mark. Insgesamt stellt sich demnach in diesen drei Spielwarenmittelpunkten der Wert der Produktion auf rund 80 Millionen Mark. Da der Gesamtwert der jährlich in Deutschland hergestellten Spielwaren auf 125 Millionen Mark eingeschätzt werden kann, so bleibt immerhin ein Produktionswert von 45 Millionen Mark übrig, der auf andere Gebiete Deutschlands entfällt. Während der letzten Jahrzehnte hat sich nämlich auch in anderen Orten und Bezirken Deutschlands eine nicht ganz unbedeutende Spielwarenindustrie entwickelt. Als solche Orte kommen in Betracht: Berlin, Weimar, Dresden, Kassel, Mannheim, Weigert, Götting, Stuttgart, das Vogtland, Pforzheim, Brandenburg u. u. Vielfach hat sich dabei auch eine weitgehende Spezialisierung herausgebildet. So werden in Nürnberg und Fürth hauptsächlich Metallspielwaren hergestellt, das Meininger Oberland liefert hauptsächlich Buppen aus den verschiedensten Materialien, daneben auch noch Glas- und Porzellanpielwaren, sowie Christbaumschmuck und im Erzgebirge werden hauptsächlich billige Holzspielwaren hergestellt.

Aufruf!

Arbeit in der Jugendfürsorge ist nationale Pflicht!

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge bittet dringend um neue Helfer für ihre Arbeit.

Es ist die Aufgabe der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, die deutsche Jugend vor Gefährdung und Verwahrlosung zu schützen. Diese Aufgabe ist in der jetzigen Zeit ungebauer erschwert dadurch, daß viele der bisherigen Leiter und Erzieher unserer Schützlinge im Felde sind, um dort für das Fortbestehen unseres Vaterlandes tätig zu sein. Und doch ist die Fürsorge für die Jugend heute wichtiger als sonst. Gilt es doch, jeden Einzelnen so zu kräftigen und zu fördern, daß er imstande ist, den großen Anforderungen, die das Vaterland an ihn stellt und stellen wird, gewachsen zu sein.

Schutz und Fürsorge für die Jugend ist somit zu einer nationalen Aufgabe geworden. Ein wichtiger Teil dieser Aufgabe ist die Fürsorge für die straffällig gewordenen Jugendlichen. Es handelt sich hier um innerlich nicht ganz taktfeste junge Menschen, die durch freundschaftliche Beeinflussung und Beaufsichtigung wieder auf den rechten Weg gebracht werden sollen. Notwendiger denn je ist heute diese Schutzaufsicht, da der Vater im Felde, die Mutter mehr als sonst außer dem Hause beschäftigt ist und die Kinder, erregt durch die Größe der Zeit, sich und ihrem überschäumenden Latenzdrang selbst überlassen bleiben.

Helft uns diesen Latenzdrang in die richtigen Wege leiten, werbt Helfer, um diesen Jugendlichen beizustehen, damit die Väter bei ihrer Rückkehr von einer geistig und körperlich gesunden Jugend empfangen werden können!

Anmeldungen zur Mitarbeit nimmt die D. J. F. Z., Berlin, Mondbijouplatz 311, an.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. Januar 1915.

Die Zentralratsung am 15. Januar eröffnete Kollege Raab mit einer herzlichen Begrüßungsansprache, in der er der Gewerkeinsarbeit für das neue Jahr gute Erfolge und dem deutschen Vaterlande recht bald einen ehrenvollen, Sicherheit gewährenden Frieden wünschte. Sodann erstattete der Verbandsreferent, Kollege Kuff, den Revisionsbericht für das dritte Quar-

tal 1914: Bücher und Kasse sind in gewohnter außer Ordnung vorgefunden worden. Bei der Wahl der Vorsitzenden des Zentralrats wurden die Kollegen Garimann, Schumacher und Raab einstimmig durch Zuzuf wiedergewählt.

Kollege Lewin gab dann einen Bericht über die am 28. Dezember stattgefundene Konferenz der Hauptvorstände mit dem Geschäftsführenden Ausschuss und brachte die angenommenen Entschlüsse zur Kenntnis. Die darin gegebenen Anregungen fanden die Zustimmung des Zentralrats, so daß es nunmehr Aufgabe der Verbandsleitung und der Hauptvorstände ist, die Vorschläge in die Tat aufzuführen. Auch von den Ortsverbänden muß erwartet werden, daß sie jetzt mit Eifer und Entschiedenheit die Agitation für unsere Sache wieder aufnehmen. Kollege Neustädter referierte im Anschluß daran über die Tätigkeit der Verbandsleitung. Seine Ausführungen wurden durch Kollegen Klein ergänzt. Den in der Diskussion geäußerten Wünschen, öfter öffentliche Kundgebungen zu veranstalten und die regeren Ortsverbände durch Entsendung von Rednern zu unterstützen, soll Rechnung getragen werden.

Sehr interessant waren die weiteren Mitteilungen des Kollegen Neustädter über die Bestrebungen, das unbenutzte Bau land in und um Berlin dem Kartoffelbau zugänglich zu machen, um dadurch den Nahrungsmittelvorrat zu vergrößern. Der Antrag, diese Pläne durch Beitritt zu der in Aussicht genommenen Genossenschaft auch finanziell zu unterstützen, wurde angenommen, die dazu erforderliche Summe bewilligt.

Ferner wurde beschlossen, den Abonnementspreis für die Blätteremplare des Verbandsorgans auf vierteljährlich 60 Pfg. herabzusetzen, solange es nur einmal wöchentlich erscheint. Die Tätigkeitsberichte der Ortsverbände sollen in diesem Jahre nicht in besonderer Weise zum „Gewerbeverein“ veröffentlicht werden. Es soll vielmehr summarisch daraus ein Bild über das Leben im Gesamtverbande entworfen werden. Dabei wurde der Wunsch ausgesprochen, daß möglichst alle Ortsverbände einen Tätigkeitsbericht erstatten.

Wegen der durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten soll von der Herausgabe eines Verbandsadressenverzeichnisses in der bisherigen Form für dieses Jahr abgesehen werden. Nur die Adressen der Ortsverbandsausschüsse, der Hauptleitungen usw. werden zusammengestellt. Die Hauptvorstände der einzelnen Gewerkevereine sollen ihre Adressenverzeichnisse gegenseitig austauschen.

Dem Arbeitersekretariat in Hamburg wurde schließlich unter gewissen Voraussetzungen bis zum Ende des Krieges ein monatlicher Zuschuß gewährt.

Strafgesetzbuch und Arbeitswilligenausch. Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Notiz, die sich mit der Reform des Strafrechts befaßte. Das neue Strafgesetz, so hieß es da u. a., sollte auch „Bestimmungen gegen den Umfura“, d. h. zum Schutze der Arbeitswilligen, enthalten. Nach der erwähnten Notiz bestände jedoch bei den verbündeten Regierungen die Meinung, angefaßt der auch von der Sozialdemokratie jetzt geeigneten vaterländischen Gesinnung von der Aufnahme solcher Bestimmungen in das neue Strafgesetzbuch abzusehen.

Diese Nachricht ist unzutreffend. Wie unter Bezugnahme auf obige Mitteilung offiziös erklärt wird, beruht dieselbe auf Erfindung.

In der gegenwärtigen Zeit, wo mit fast verminderten Arbeitskräften ein besonders hohes Maß von Arbeit durch die Maßnahmen aus Anlaß des Krieges zu leisten ist, fehlt jede Möglichkeit und auch jeder Anlaß, in die Erörterung von Fragen einzutreten, deren Lösung in absehbarer Zeit gar nicht in Frage kommen kann. Es hat infolgedessen auch noch nicht einmal eine Aussprache über diese Frage unter den zunächst beteiligten Stellen stattgefunden.

Die Erklärung ist recht dunkel. Man hat sich danach nur über die ganze Sache noch nicht unterhalten. Von einem Bericht auf die im Strafgesetzbuch geplanten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen kann noch nicht geredet werden.

Die Vertretung der deutschen Verbraucher hat sich, wie wir bereits kurz mitgeteilt haben, vor Kurzem der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen zum Ziel gesetzt. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Abwehr der meist durch nichts gerechtfertigten Preissteigerung für viele notwendige Bedarfsartikel, besonders Lebensmittel, hat fast sämtliche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände aller Richtungen, Konsumgenossenschaften und soziale Wohl-

Jahrs- und Frauenvereinigungen zu dieser gemeinsamen Gründung veranlaßt. Natürlich hat sich auch unsere Organisation dem Kriegsaussschuß angeschlossen. Insgesamt verfügt er bis jetzt über 7 Millionen Mitglieder, mit Angehörigen 18 Millionen Verbraucher.

Als seine wichtigsten Aufgaben sieht der Kriegsaussschuß an: 1. Einrichtung einer Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen, Tatsachen, Wünsche, Vorschläge auf dem Gebiete der Volksernährung und des Wasserbedarfs. 2. Aufklärung und Erziehung der Konsumenten zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte. 3. Sachkundige Vertretung der Konsumenteninteressen gegenüber den Behörden, den Parlamenten und der Öffentlichkeit. 4. Bekämpfung ungerechtfertigter Preissteigerungen sowie des Nahrungsmittel- und Arbeitswunders. 5. Bekämpfung des Wietwunders.

Diese Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand. Er hat für die Bearbeitung des Warenwunders, der Getreideberichten, Maßnahmen des Höchstpreises, Produktionsverbote etc., des Arbeits- und Wietwunders etc. aus seinen Reihen Delegierten ernannt, die die Vertreter von Verbänden und nötigenfalls weitere Sachverständige aus der Produktion und Wissenschaft zuziehen werden. Als wichtigste Arbeit hat der Kriegsaussschuß ein Eingreifen zur Sicherstellung unserer Brotversorgung an. Er ließ daher am 12. Januar den Reichs- und Staatsbehörden eine Eingabe mit der Forderung nach Beschlagnahme unseres Brotgetreides und seine Verwendung zu einem einwilligen Kriegsbrote abgeben. Darin wird gleichzeitig Verwahrung eingelegt gegen die von Professor Elsbacher in der „Tägl. Rundschau“ zur Verminderung unseres Brotverbrauches empfohlene Heraushebung unserer Höchstpreise. Auch wird die Regierung auf die Umgehung der neuen Bundesratsverordnung durch den unverünftigen Einkauf von Mehl für die Hausbäcker aufmerksam gemacht. Weiter sind in Vorbereitung Vorschläge im Interesse unserer Kartoffel- und Fleischversorgung, Erlangen besserer Vertretung für die Arbeitnehmerschaft bei behördlichen Verhandlungen über unsolange Arbeitsbedingungen, schließlich organisierte Nahrungsmittelabfallverwertung durch die Gemeinden.

Als Vertretung der Hauptgruppen aller ange-schlossenen Stände und Organisationen, sowie zu Festlegung der großen Richtlinien besteht für den Kriegsaussschuß ein Ges. m. b. H. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 35, Potsdamerstraße 56. Es ist ferner beabsichtigt, am Siege der Generalkommandos Unterausschüsse einzurichten, denen es obliegt, die Kontrolle zu übernehmen, Produktions- und Arbeitsverhältnisse gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen, soweit sie zu deren Nachbereich gehören. Durch alle diese Funktionen werden die Rechte und Pflichten der angeschlossenen Verbände zur Vertretung ihrer Mitglieder in wirtschaftlichen und sozialen Fragen natürlich nicht beeinträchtigt.

Mit der Hoffnung, daß es der neuen Zentralstelle gelingen möge, die Interessen der deutschen Konsumenten erfolgreich wahrzunehmen, verbinden wir die dringende Bitte an unsere Mitglieder, uns zur Weitergabe an den Kriegsaussschuß alles geeignete Material über Konsumentenfragen, wie Mitteilungen von behördlichen Maßnahmen am Ort, besonders wichtige Zeitungsausschnitte, Fälle von Waren- und Arbeitswunder etc. zu übermitteln.

Ueber die Beschäftigung der Kriegsgefangenen sind in der Öffentlichkeit vielfach falsche Ansichten vertreten. Man glaubt hier und da, daß die Gefangenen ihre Zeit hier nutzlos verbringen. Demgegenüber wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Von vornherein ist der größte Wert darauf gesetzt worden, eine nützbringende Verwendung der Kriegsgefangenen zu erreichen, ohne daß dadurch eine Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten der einheimischen Arbeitslosen eintritt. Zu diesem Zweck sind zahlreiche - staatlichen und gemeinnützigen Zwecken dienende - Arbeiten für die Gefangenen vorgezogen. Teils sind sie schon längst im Gange, teils noch in Vorbereitung; an vielen Stellen, die nicht nahe genug bei den großen Gefangenenlagern liegen, werden besondere kleinere Lager ebens hierfür errichtet, wodurch naturgemäß einige Zeit bis zum Beginn der Arbeiten vergeht.

Die Arbeiten erstrecken sich hauptsächlich auf die Kultivierung von Mooren und Oedländerreien in den Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Brandenburg und auf Meliorationen in verschiedenen Provinzen, wodurch eine Vergrößerung der Anbaufläche und eine Erhöhung der Ernteträgnisse erreicht werden soll. Weitere nützbringende Verwendung der

Kriegsgefangenen erfolgt bei der Regulierung unserer Flüsse und beim Ausbau der Wasserstraßen, beim Eisenbahn- und Wegebau.

Von besonderer Bedeutung war die Hilfe, die ein großer Teil der Gefangenen, namentlich in den östlichen Provinzen (zu Zeiten bis über 10 000), der Landwirtschaft bei der Einbringung der Getreidernte geleistet hat. Nachdem der Arbeitsmarkt für die Arbeitslosen erheblich gebessert hat, erfolgt zurzeit auch schon eine Verwendung der Kriegsgefangenen zur Hilfe in der Industrie und in gewerblichen Betrieben.

Keinem Gesuch auf Ueberlassung von Kriegsgefangenen zu Arbeiten wird aber entsprochen, ohne daß sich die zuständigen Zivilverwaltungsbehörden, in letzter Linie die Reichszentrale der Arbeitsnachweise, davon überzeugt haben, daß für die betreffenden Arbeiten keine einheimischen Arbeitslosen vorhanden sind. Daß in dieser Beziehung durchaus streng verfahren wird, beweisen am besten die mancherlei Klagen und Beschwerden darüber, daß die Geesverwaltung mit der Ueberlassung von Kriegsgefangenen nicht entgegenkommend genug sei. Vieles hat das auch seinen Grund darin, daß es sich um Arbeitsgelegenheiten handelt, zu denen Kriegsgefangene natürlicherweise nicht herangezogen werden können, zum Beispiel weil sie nicht abgefordert oder nicht genügend bewacht werden können.

Soweit die Kriegsgefangenen nicht zur Außenarbeit herangezogen werden, findet sich ausgedehnte Verwendung für sie in den Lagern selbst, bei deren Errichtung und auf den Truppenübungsplätzen, bei Instandhaltung der Wege und im Wirtschaftsbetrieb. Aus allem dürfte somit hervorgehen, daß für die Kriegsgefangenen reichliche Arbeitsgelegenheiten gefunden sind.

Das Zusammenarbeiten der Träger der Arbeiterversicherung mit der Geesverwaltung zur Fürsorge für verletzte und erkrankte Krieger wurde am 5. Januar in einer Konferenz im Reichsversicherungsamt unter Vorsitz seines Präsidenten Kaufmann erörtert, in der das preussische Kriegsministerium, mehrere Landesversicherungsanstalten und Berufsvereinigungen, die großen Krankenkassenverbände, die Verbände für Kruppelfürsorge und der preussische Arbeitsnachweisverband beteiligt waren. Hierbei wurde, wie wir der „Soz. Prax.“ entnehmen, ein Hand-in-Handarbeiten der beiden die gleichen Ziele verfolgenden Stellen (Militärverwaltung und Träger der Arbeiterversicherung) namentlich hinsichtlich der Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit als durchaus möglich und wünschenswert bezeichnet. Auch trägt die Militärverwaltung der sozialen Fürsorge (Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, Vorbereitung auf einen späteren Berufswechsel u. dal.) schon jetzt in weitestem Umfang Rechnung. Die Militärverwaltung zeigte sich bereit, an einem weiteren Ausbau der dafür erforderlichen Einrichtungen mit den dazu berufenen Trägern der Arbeiterversicherung und anderen Stellen zusammenzuarbeiten. Um hierfür die geeignete Form zu finden, wird demnächst ein aus der Mitte der Versammlung gebildeter Ausschuss einen Entwurf aufstellen.

Eine Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern und arbeitslosen Versicherten will die Landesversicherungsanstalt Oldenburg einführen, sobald das Reichsversicherungsamt die diesbezüglichen Beschlüsse des Ausschusses genehmigt hat. In ganzen hat diese Anstalt nach dem „Zentralblatt der Reichsversicherung“ für Kriegswohlfahrtszwecke 550 000 M. bereitgestellt, von denen 250 000 M. der Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung dienen sollen. Diese Unterstützung, die halbmontatlich 10 M. betragen soll, aber auf 15 M. erhöht werden kann, wenn mit genügender Sicherheit zu übersehen ist, daß die zur Verfügung gestellte Summe erreicht wird, wird vom 1. November 1914 ab aktiviert:

- a) den infolge Krankheit arbeitsunfähigen Ehefrauen der zur Fahne einberufenen Versicherten,
- b) den arbeitslosen Versicherten und deren Ehefrauen, beiden, soweit sie infolge Krankheit arbeitsunfähig sind,
- c) den an antecedenten Krankheiten (Tuberkulose, Lypbus, Scharlach, Diphtherie, Ruhr) erkrankten Kindern der zu a und b bezeichneten Personen,
- d) den unter a und b bezeichneten Ehefrauen aus Anlaß eines Wochenbetts.

Die hauptsächlichste Bedingung für die Gewährung dieser Unterstützung ist Beitragsleistung des Ehemannes oder der Ehefrau zur Landesversicherungsanstalt Oldenburg, und zwar kann dies angenommen werden, wenn für die Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum Eintritt beim Militär, bei Arbeitslosen und Ehefrauen bis zum Beginn der Krankheit oder bis zur Geburt des Kindes für wenigstens die Hälfte der Wochen obertägliche Marken verwendet sind. Bei Versicherungspflichtigen kann die Markenzahl durch anrechnungsfähige Krankheitswochen ergänzt werden. Bei Erkrankung des Ehemannes wird die Unterstützung nur gewährt, wenn er selbst wie angegeben versichert war, bei Erkrankungen der Ehefrau oder Kinder und Geburten, wenn der Mann oder die Frau wie angegeben versichert war.

Ein Rechtsanspruch auf die Unterstützung besteht nicht.

Ueber die Entwicklung des Krankenhauswesens gibt die „Statist. Korresp.“ eine lehrreiche Uebersicht, die sich über den Zeitraum 1877 bis 1912 erstreckt. Die Fortschritte der modernen Hygiene, das Inkrafttreten der sozialen Gesetzgebung, der Wettstreit der Kommunen, das wachsende Vertrauen der Bevölkerung zur Anstaltsbehandlung bewirkten insbesondere eine starke Steigerung der Zahl der Anstalten, nämlich von 888 auf 2352. Die Zahl der behandelten Personen ist im Zeitraum 1877 bis 1912 von 206 718 auf 1 457 516 gestiegen, denen im Berichtsjahr (d. h. 1912) 171 402 Betten = 41,73 auf 10 000 Einwohner zur Verfügung standen (im Jahre 1911 = 41,06). Wie im Vorjahre war auch 1912 das Verhältnis am günstigsten in dem Regierungsbezirk Köln mit 79,59 (80,15), dem sich Münster mit 72,86 (74,57) anreicht. Dann folgen Arnberg, Breslau, Berlin, Düsseldorf, Gießen, Minden, Koblenz, Osnabrück, Wiesbaden mit 58,37 bis 50,69, Aachen und Trier mit 44,63 bzw. 43,71, Potsdam, Königsberg, Aachen, Danzig, Liegnitz, Sigmaringen, Hannover, Magdeburg, Kassel, Stettin, Schleswig, Stralsund, Erfurt mit 39,37 bis 31,01, Osnabrück, Meriburg, Frankfurt, Lüneburg, Vöslau, Köslin, Marienwerder mit 26,88 bis 22,00, während die Anstalten der übrigen Bezirke nur 19,85 (Münster) bis 17,12 (Stade) Betten auf 10 000 Einwohner besaßen. Für sämtliche Anstalten in Preußen kommen auf 1 Bett 8,50 Verpflegte. Die Verpflegungsdauer der Kranken in den allgemeinen Heilanstalten betrug im Jahresdurchschnitt 28,3 (im Jahre 1911 28,5) Tage. Von 1000 Behandelten litten an Infektions- und parasitären Krankheiten 206,09 (214,59 im Vorjahre), an Krankheiten des Verdauungsapparates 136,37 (136,17), an Verletzungen 124,15 (120,52), an Krankheiten der äußeren Bedeckungen 97,00 (104,89), der Atmungsorgane 76,33 (72,74), der Bewegungsorgane 69,14 (65,18), an allgemeinen Krankheiten 64,42 (64,89), an Krankheiten der Horn- und Gesichtorgane 63,90 (61,68), des Nervensystems 52,96 (53,31), der Kreislauforgane 35,34 (34,01), an Entwicklungs-krankheiten 33,45 (31,50), an Krankheiten der Augen 17,37 (17,09), der Ohren 12,15 (11,74), an anderen sowie unbestimmten Krankheiten 11,33 (11,69). Die Zahl der 1912 in den allgemeinen Heilanstalten Gestorbenen betrug 83 686 (alle 37 359 w.) Personen, während sie sich im Staate überhaupt auf 636 303 (328 807 m., 307 496 w.) stellte. Es sind demnach von 1000 in der Bevölkerung überhaupt Gestorbenen 131,52 (140,89 m., 121,49 w.) in den Heilanstalten dem Tode erlagen.

Hauswirtschaftliche Ausbildung im Kriege wird von den großen deutschen Frauenverbänden mit Recht als eine wichtige Angelegenheit betrachtet. Um namentlich in ländlichen Kreisen zur Förderung dieser Angelegenheit beizutragen, haben mehrere Hausfrauen- und Frauenbildungsvereine in Verbindung mit dem Deutsches-Evangelischen Frauenbund und dem Städtischen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen sich die Unterstützung des preussischen Landwirtschaftsministers zur Abhaltung eines „Kriegs-Verhaltens“ für Wanderlehrerinnen, Hausfrauen und Töchter auf dem Lande gesichert. Der Anruf ist vom 18. bis 22. Januar 1915 im Abgeordnetenhaus in Berlin abgehalten worden. Der Vortragsgang hatte den Zweck, die landwirtschaftlichen Wanderlehrerinnen mit den besonderen Anforderungen bekannt zu machen, welche der Krieg an die wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere an das Hauswesen auf dem Lande stellt, damit sie in der Lage sind, die empfangenen Anregungen in ihrer Tätigkeit auf dem Lande zu verwirklichen und vor allem auf die größte Sparsamkeit in der Ernährung der Menschen und in der Verwendung

der für die Erhaltung der Viehbestände in Betracht kommenden Futtermittel hinzuwirken. Der Verband bestand aus Vorträgen, Übungen und Besichtigungen. Unter den Vorträgen seien folgende hervorgehoben: 1. Die Ernährung des deutschen Volkes im Frieden und im Kriege. 2. Die zwingende Notwendigkeit des sparsamen Haushaltens mit Lebensmitteln und die hierzu ergangenen amtlichen Maßnahmen des Reiches und der Bundesstaaten. 3. Viehhaltung und Fütterung mit Rücksicht auf die Kriegszeit. 4. Obst- und Gemüselbau in Kriegszeiten. 5. Wie ist der Haushalt in Küche und Keller während der Kriegsdauer einzurichten? 6. Was muß die Frau auf dem Lande, besonders die, deren Mann im Felde steht, von dem Verkauf und Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Getreide, Vieh, Geflügel, Eier, Wutter, Milch usw. wissen? 7. Was muß sie wissen von den Bezugskarten und Preisverhältnissen für Saatgut, Futtermittel, Düngemittel usw. 8. Aufgaben der ländlichen Wohlfahrtspflege im Kriege.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Betrifft die Zustellung des Verbandsorgans.

Bei der Redung von neuen oder abgeänderten Adressen der Empfänger des Verbandsorgans „Der Gewerbeverein“ muß unter allen Umständen der Ortsverein ganz genau bezeichnet werden, der in Betracht kommt. Am besten ist es, die Kollegen versehen ihre Mitteilungen an die Expedition des Verbandsorgans mit dem Vereinsstempel. Es entstehen sonst nur unnütze Verzögerungen. In vielen Fällen bedürfen solche Meldungen, die nicht nur den Ortsverein erkennen lassen, für den die Wünsche gelten, einer besonderen Rückfrage.

Wir bitten dringend diese Bekanntmachung zu beachten!

Mit kollegialem Gruß!

Die Expedition „Der Gewerbeverein“.

F. Neufeldt, Berlin NO. 55,
Greifswalderstr. 221/228.

Aus dem Verbands.

Milheim-Nuhr. Nach mehrmonatlicher Kriegspause hatten es sich mehrere währige Kollegen angelegen sein lassen, auf den 18. Dezember v. J. eine

Bersammlung des Ortsverbandes einzuberufen. Hierzu war der Bezirksleiter, Kollege Hartmann-Duisburg, eingeladen, welcher über den Weltkrieg und die Aufgaben der hinter der Front Stehenden referierte. Als weiterer Punkt stand die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Der zeitige Vorsitzende ist ausgeschieden, der Schriftführer ins Feld gerückt. Die Wahl ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Kollege Ludwig Höfer, Kassierer Kollege Wilhelm Schaffal und Schriftführer der Unterzeichnete. Die erste Bersammlung im neuen Jahre hat am 10. Januar stattgefunden, der Besuch ließ jedoch zu wünschen übrig, was sich daraus erklärte, daß verschiedene Ortsvereine der Meinung waren, der Ortsverband wolle noch immer seine Tätigkeit nicht wieder aufnehmen. In Zukunft sollen die Sitzungen wieder regelmäßig stattfinden. Da der 2. Sonntag im Monat für verschiedene Ortsvereine ungunstig ist, wurde beschossen, die Bersammlung in Zukunft am 1. Sonntag im Monat 11 Uhr abzuhalten. Der Vorschlag, die monatlichen Bersammlungen abwechselnd in den Ortsvereinen stattfinden zu lassen, wurde nicht für gut befunden. Es verbleiben also die Sitzungen im Verbandslokal. Zum Schluß ersuchte noch der Vorsitzende, die Gewerbevereinsvereine im neuen Jahre energig zu fördern, die Ortsverbandsbersammlungen besser zu besuchen und auch die neuen Vertreter baldigst anzumelden. Glück auf denn im neuen Jahre!

J. Wolf, Schriftführer.

Bersammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221/228. Nächste Zusammkunft Mittwoch, 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen E. u. n. über: „Die Grundzüge der Deutschen Gewerbevereine und der Krieg“. Gäste herzlich willkommen — Gewerbevereins-Liedertafel (S.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Übungsstunde in Verbandslokal d. Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste willk. — Sonnabend, den 23. Januar 1915. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin I. Abends 8 1/2 Uhr Vortrag. 69. Jubiläumsvortrag des Herrn Janzen: „Aus Deutschland groß z. J. 1813/14 bis 1914“. Gäste willkommen. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin II. Abends 8 1/2 Uhr im „Eichhörnchen“ Vortrag. 80a. 1. Mittellungen. 2. Monatsbericht. 3. Vortrag des Kollegen J. Schumacher: „Eine Reise durch Deutschlands wichtigste Industriegebiete“. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin VIII. Abends 8 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 221/228. 1. Vortrag des Kollegen E. Jordan über: „Krieg und Arbeiterorganisation“. 2. Bericht des Vorstandes über die Sitzung der Kombinteren. 3. Antrag des Vorstandes betreffs Hauskassierung. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Sonntag, d. 24. Januar 1915. Vormittags von 10—12 Uhr Jagdtag in Nordwest-Casino, Alt-Neubau 55.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im Turthop's Gesellschaftshaus, Bremen, Reckenstraße. — Cottbus (Ortsverband). Sitzung jeden 2. u. 4. Don-

nerstag im Monat bei Hausfeld, Sandowestr. 49. — Dessau. Gewerbevereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr Übungsst. i. Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. — Erfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung im Saal, Erfeld, Bismarckstr. — Essen (Ortsverband). Jeden Sonnabend, abds. 8-10 Uhr, Distriktsklub i. Verbandslokal, Großhändlerstr. 52. — Frankfurt a. O. (Gewerbevereinsangehörige). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Übungsstunde im Vereinslokal Marktstr. 16. Verbandsklub heral. willkommen! — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreterversammlung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6-8 Uhr, Distriktsklub im Verkehrslokal von C. Simon, Alter Markt. — Gießen b. Kassel. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distriktsklub bei Lubewitz. — Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandsvertreterversammlung bei Rose, Heinestr. — Hamburg (Rebnerstraße). Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Wehl, Lagerstraße 2. — Hamburg (Gewerbevereinslokal). Jeden Donnerstag Übungsstunde bei Thömer in Wlona, Elmblatterstraße 48-50. — Hannover, Linden und Umgegend. (Ortsverband). Sonntag, d. 24. Januar, morgens 10 Uhr in der „Königsweide“ Brühlstr. 12. Ausverkauf. L.-D.: Neuwahl Vertreter sowie Stellvertreter werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. — Herze (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wllh. Kube, Bahnhofstr. gegenüb. der evang. Kirche. — Herten. Distriktsklub jeden 3. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Hilpe, Mendenerstr. 5. — Köln (Ortsverb.). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in der Zehnhof, Kreuzgasse. — Leipzig (Gewerbevereins-Liedertafel). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsgemäße Mitglieber sind herzlich willkommen. — Leipzig (Ortsverband). Vertreterversammlung Donnerstag, d. 28. Jan, abends 9 Uhr im Ref. Stadt Hannover. Ortsverbandsversammlung Montag, d. 1. Februar 1915, abends 9 1/2 Uhr im Verbandslokal Stadt Hannover. Ortsverband für das obere Kenngebiet. Sonntag, 24. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr in Althundem bei Herrn Wiethoff. Bersammlung. Tagesordnung: u. a. Wahl des Ausschusses. — Walsheim-Nuhr. Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 82. — Weitz (Eingetragter Gewerbeverein). Die Übungsstunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Sozial Klub, Poststraße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willkommen. — Zehl (Distriktsklub für Zehl, Dorfstraße u. Reichenbachstr.). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Köhler, Schleierstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — Thora (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Rietel, Bauerstr. 62. — Weitzsch. Distriktsklub. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Distriktsklub beim Kollegen Schmel. — Weitzschfeld a. S. (Gewerbevereins, Harmonie der Deutschen Gewerbevereine). Übungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Rittergarten“. Gefangene Gewerbevereinskollegen herzlich willkommen. — Wermels (Ortsverband). Befandabteilung der vereinigten Gewerbevereine (S.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Reinthal“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Begräbniskasse

des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine.

(Gegründet 1878.)

Nach Genehmigung durch das Kaiserliche Aufsichtsamt können auch die männlichen Mitglieder der uns angeschlossenen Gewerbevereine, sowie deren Ehefrauen, Söhne und Töchter, Brüder und Schwäger ohne ärztliche Untersuchung eine Begräbniskassenversicherung von 100—500 Mark abschließen.

Nachversicherung bis zum Höchstbetrage ist für die jetzigen Mitglieder der Begräbniskasse bis zum 45. Jahre zulässig. Mäßige Preise. — Garantierte Versicherungssumme.

Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre in den nachstehenden Stufen:

Versichert. Begräbnisgeld	Stufe I Rein Eintritt von 15-30 Jahren		Stufe II Rein Eintritt von 30-40 Jahren		Stufe III Rein Eintritt von 40-45 Jahren	
	Mögl. Beitr.		Mögl. Beitr.		Mögl. Beitr.	
a) 100 Mark	5 Pfennig		7 Pfennig		10 Pfennig	
b) 200	10		14		20	
c) 300	15		21		30	
d) 400	20		28		40	
e) 500	25		35		50	

Da unser Aufnahmegebiet sich durch die Höhe der Versicherung bis zu 500 Mark, sowie durch die Berechtigung, auch männliche Mitglieder aufnehmen zu dürfen, sehr vergrößert hat, so bedarf es nur der dauernden Anregung in den Vereinsbersammlungen, um die Zahl der Versicherten in unserer Begräbniskasse zu vermehren.

Prospecte, Antragsformulare u. bei allen Ortsvereinskassierern oder auf Verlangen kostenfrei von unserer Geschäftsstelle Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-223.

Der Vorstand der Begräbniskasse des Verbandes. W. Müller, Vorsitz. H. Klein, Hauptkassierer.

Gemeinschaftlicher Redaktionsort: Sconow-Sewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-223. — Druck und Verlag: Goebcke u. Gallinet, Berlin W., Roldamerstr. 170.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten sog. Karten im Werte von 1,20 RM. beim Kollegen Emil Schmitz, Stettin, Volksw. 22 im Baden. Die Verbandsheftchen befindet sich Wilhelmstr. 49 (Näheres Sachverhalt).

Krieg (Kabrit und Handarbeiter). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten Abendrot, Nachtlohn, Kasse und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Clausen, Kolonnenstr. 82.

Bittau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung im Betrage von 75 Pfg. bei allen Vereinskassierern, für die fehlenden Beträge beim Ortsverbandskassierer P. Brendler, Bergstr. 14.

Guyman i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer F. Walter, Regentierstr. 48. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Eintriedel i. Ergeb. (Ortsverb.). 75 Pfg. Unterstützung oder Karten in der Herberge zur Heimat.

Radoberg i. Gsch. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Dreigeschäft im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Hengel, Riedegraben 15.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reisunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerbevereiner beim Kollegen Gust. Pichler, Bauereistr. Nr. 87, Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Bahnhof zum Clara-Schacht.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Dreigeschäft bei den Ortsvereinskassierern bzw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Hundtke, Eichhörnchenmarkt 7.

Oberzgebirgischer Ortsverband, Eitz Schlettman. Unterstützung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Ern. Höfer jun. in Scheibenberg, Ralghausstr. 62, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.

Hamburg. Das Arbeitersekretariat befindet sich Marcusstr. 19. Telefon Gruppe VI 9715. Auszahlung der Reisegelder und Arbeitsvermittlung.

Hrensau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Unterstützung beim Ortsvereinskassierer F. Dittmer, Fischerstraße 666.

W. Gladbach und Umgegend. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen jeden Betrage erhalten 75 Pfg. Reisunterstützung im Gewerbevereinsbureau, Hüppelstraße 180.

Fähel (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Dreigeschäft von 1 RM. bei E. Leiche, Bismarckstr. 3.

Legikon des Arbeitsrechts

In Verbindung mit Felix Claus, Hermann Bog, Hermann Zuppe herausgegeben von Alexander Ester.

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Legikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Erstere Bibliotheken, Arbeitervereine, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches setzen. Wegen Einbindung des Rohdruckes von 4,80 RM. pro Exempl. in gut. Einband. u. Nachtrag erfolgt franz. Aufhebung. Das Geld ist an unsern Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu senden. Die Bestellung ist auf dem Postfachamt zu schreiben.